

Jahresbericht

—

2022



**POUVOIR JUDICIAIRE
GERICHTSBEHÖRDEN**

ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Friedensgericht des Sensebezirks FGSEN

Inhaltsverzeichnis

1.1	Allgemeiner Teil.....	4
1.1.1	Zusammensetzung und Räumlichkeiten.....	4
1.1.2	Gerichtstätigkeit (gesamte Arbeitslast, Verhältnis zu den Behörden und den Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten usw.).....	5
1.1.3	Weiterbildung.....	5
1.1.4	Verschiedenes und Schlussbemerkungen (Vorschläge Gesetzesänderungen, Informatik usw.)...	5
1.2	Statistischer Teil.....	6
1.2.1	Allgemeine Statistik.....	6
1.2.2	Erwachsenenschutz.....	6
1.2.3	Nachlass.....	7
1.2.4	Kinderschutz.....	8
1.2.5	Unzuständigkeit.....	9
1.2.6	Nichteintreten und Verfahrenseinstellung, mit oder ohne Entscheid.....	9
1.2.7	Fürsorgerische Unterbringung.....	10
1.2.8	Gerichtliches Verbot.....	10
1.2.9	Unentgeltliche Rechtspflege.....	11

Einleitung

An den Justizrat

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Mitglieder des Justizrates

Wir freuen uns, Ihnen hiernach den Tätigkeitsbericht 2022 des Friedensgerichts des Sensebezirks zu unterbreiten und bestätigen die Richtigkeit der in diesem Bericht dargestellten statistischen Zahlen.

Tafers, 20. Januar 2023

Seraina Rohner Stulz
Friedensrichterin

Martina Gerber
Friedensrichterin

Yannick Riedo
Chefgerichtsschreiber

Tätigkeitsbericht 2022 des Friedensgerichts Sense

1.1 Allgemeiner Teil

1.1.1 Zusammensetzung und Räumlichkeiten

1.1.1.1 Organisation und Zusammensetzung des Friedensgerichts

Organisation und Zusammensetzung am 31.12.2022

- > Martina Gerber, Seraina Rohner Stulz, Friedensrichterinnen
- > Claudine Lurf-Vonlanthen, Wanda Suter, Ersatzrichterinnen
- > Tamara Aebischer, Gabrielle Aerschmann, Brigitte Gauch, Therese Imstepf, Marie-Therese Piller, Sylvia Reidy, Ivo Riedo, Ruth Schärli, Michel Seewer, Beisitzende

Altersbedingt endete das Amt als Beisitzerin von Gabrielle Aerschmann per 31. Dezember 2022. Das Friedensgericht dankt ihr für ihren jahrzehntelangen Einsatz.

1.1.1.2 Ressourcen Magistratspersonen

Berufsrichter/-innen - Vollzeitäquivalente VZÄ am 31.12.

Name/Vorname	Funktion	2021	2022
Gerber Martina	Friedensrichterin	0.9	0.9
Rohner Stulz Seraina	Friedensrichterin	0.6	0.6
Total VZÄ am 31.12.		1.5	1.5

1.1.1.3 Ressourcen Gerichtsschreiberei und des Sekretariats

Vollzeitäquivalente VZÄ am 31.12.2021	2021	2022
Total VZÄ Gerichtsschreiber/innen (Festanstellung)	2.1	2.6
Total VZÄ Juristische Praktikanten/Praktikantinnen	1.0	1.0
Total VZÄ Verwaltungsmitarbeitende (Festanstellung)	1.3	1.3
Total VZÄ Auszubildende Verwaltungsmitarbeitende	0	0
Total	4.4	4.9

Die Gerichtsschreiberei besteht aus drei Gerichtsschreiberinnen (Gabriela Doleschal, Claudine Graven, Clarissa Frankfurt) und einem Chef-Gerichtsschreiber (Yannick Riedo), die jeweils Teilzeit arbeiten. Aufgrund krankheits- und mutterschaftsbedingter Ausfälle fehlten in der Gerichtsschreiberei während rund fünf Monaten 80 Stellenprozente.

Das Friedensgericht beschäftigt neben den Gerichtsschreibern auch jeweils einen Gerichtsschreiberpraktikanten zu einem 100%-Pensum für die Dauer von sechs Monaten. Erstmals konnte das Friedensgericht diese Stelle nicht

lückenlos besetzen, weswegen der Gerichtsschreiberpraktikant des Vorjahres seine Anstellung um weitere drei Monate bis am 30. April 2022 verlängerte. Trotz dieser Massnahme konnte erst per 1. August 2022 wieder ein Gerichtsschreiberpraktikant gefunden werden, was während dreier Monate zu einer spürbaren Vakanz führte.

Das Gerichtsssekretariat wird geführt von zwei langjährigen Mitarbeiterinnen, Rosemarie Kröpfl und Susanne Schmutz, welche beide im Teilzeitpensum arbeiten. Aufgrund unfallbedingter Ausfälle fehlten im Sekretariat während rund drei Monaten 80 Stellenprozente, was sich spürbar bemerkbar machte.

1.1.1.4 Räumlichkeiten

Das Friedensgericht befindet sich seit 2008 im Amtshaus Tafers. Es führt seine Verhandlungen u. a. im Gerichtssaal des Amtshauses, den sich das Bezirksgericht, die Schlichtungsbehörde Miete und Pacht sowie das Friedensgericht teilen.

Seit Anfang 2022 hat das Friedensgericht zusätzliche Räumlichkeiten im 2. OG (Büros, Sitzungszimmer, Pausenraum, Sanitäranlagen). Die Platzverhältnisse sind derzeit ausreichend.

1.1.2 Gerichtstätigkeit (gesamte Arbeitslast, Verhältnis zu den Behörden und den Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten usw.)

Die zahlreichen und langdauernden personellen Ausfälle waren spürbar, teilweise fehlten über Monate bis zu 180 Stellenprozente. Dies führte auch dazu, dass die Gerichtsschreiberei zeitweise das Sekretariat unterstützen musste.

Die Arbeitslast war im Jahr 2022 wiederum sehr hoch. Zwar waren die Anzahl Dossiers im Vergleich zum Vorjahr konstant hoch, jedoch waren die zu behandelnden Fälle zunehmend komplex und entsprechend zeitintensiv. Insbesondere Gefährdungsmeldungen betreffend Kinder und psychisch Kranke verlangen viel Fingerspitzengefühl und Aufwand. Eine Erhöhung der Stellenprozente der Friedensrichterinnen müsste ins Auge gefasst werden, da insbesondere Seraina Rohner Stulz übermässig viele Überstunden leistet und nicht in der Lage ist, diese zu kompensieren.

Das Friedensgericht unterhält ein gutes Verhältnis zu allen Behörden (Berufsbeistandschaften, Kliniken des FNPG, Jugendamt, Sozialdiensten etc.) sowie zu den Rechtsanwälten und Notaren. Die ausgezeichnete Zusammenarbeit insbesondere mit den drei Berufsbeistandschaften des Sensebezirks erleichtert die Arbeit des Friedensgerichts wesentlich und trägt massgeblich zur Entlastung bei.

Ein besonderer Dank richtet sich an das ganze Team des Friedensgerichts für seinen unermüdlichen Einsatz und der Aufrechterhaltung der guten Stimmung auch in schwierigen Zeiten.

1.1.3 Weiterbildung

Beide Friedensrichterinnen besuchten während des Jahres verschiedene Weiterbildungen. Martina Gerber schloss ihr CAS Judikative erfolgreich ab.

1.1.4 Verschiedenes und Schlussbemerkungen (Vorschläge Gesetzesänderungen, Informatik usw.)

Das Jahr 2022 hat das Team des Friedensgerichts aufgrund der langandauernden und zahlreichen Personalausfälle ausserordentlich gefordert. Die Arbeitslast blieb wie im Vorjahr unverändert hoch. Dringende Angelegenheiten und das Tagesgeschäft bestimmten weitgehend die Prioritäten, so dass wenig bis kein Raum blieb für andere Angelegenheiten. Zu erwähnen ist zudem, dass die Angelegenheiten mit französischsprachigen Personen in den letzten Jahren deutlich zugenommen hat, was zu einem erheblichen Mehraufwand führt.

1.2 Statistischer Teil

1.2.1 Allgemeine Statistik

	Am 01.01. hängige Angelegenheiten	Im Verlauf des Jahres erfasste Dossiers (01.01.-31.12.)	Im Verlauf des Jahres erledigte Dossiers (01.01.-31.12.)	Am 31.12. hängige Angelegenheiten	Im Verlauf des Jahres gefällte Entscheide (01.01.-31.12.)
2020	681	866	914	840	2347
2021	687	965	974	886	2797
2022	698	1033	1068	897	2232

Verfahrenssprache erledigte Dossiers	2021	2022
Französisch	0	0
Deutsch	974	1068

1.2.2 Erwachsenenenschutz

	Am 01.01. hängige Angelegenheiten	Im Verlauf des Jahres erfasste Dossiers (01.01.-31.12.)	Im Verlauf des Jahres erledigte Dossiers (01.01.-31.12.)	Am 31.12. hängige Angelegenheiten	Im Verlauf des Jahres gefällte Entscheide (01.01.-31.12.)
2020	510	159	163	578	1609
2021	518	222	189	612	1636
2022	532	216	209	614	909

Erwachsenenschutzmassnahmen	2021	2022
1. Die eigene Vorsorge und Massnahmen von Gesetzes wegen (Der Vorsorgeauftrag, Die Patientenverfügung, Vertretung und Aufenthalt in Wohn- oder Pflegeeinrichtungen) (Art. 363 Abs. 2, 364, 366, 368, 373, 374 Abs. 3, 376, 381 Abs. 2 und 3 und Art. 385 ZGB)	6	4
2. Befugnis zur Öffnung der Post oder zum Betreten der Wohnräume (Art. 391 Abs. 3 ZGB)	19	18
3. Massnahmen ohne Errichtung einer Beistandschaft: das Erforderliche vorkehren, insb. Zustimmung zu Rechtsgeschäft, Auftrag an Drittperson und Person/ Stelle mit Einblick und Auskunft (Art. 392 ZGB)	11	8
4. Begleitbeistandschaften (Art. 393 ZGB)	19	9
5. Vertretungsbeistandschaften ohne Einschränkung der Handlungsfähigkeit (Art. 394 Abs. 1 ZGB)	73	70
6. Vertretungsbeistandschaften mit Einschränkung der Handlungsfähigkeit (Art. 394 Abs. 1 und 2 ZGB)	2	4
7. Vertretungsbeistandschaften mit Vermögensverwaltung (Art. 395 Abs. 1 ZGB)	64	5
8. Vertretungsbeistandschaften mit Vermögensverwaltung, Entziehung Zugriff auf einzelne oder alle Vermögenswerte/Einkommensquellen oder Entziehung der Verfügung über Grundstück (Art. 395 Abs. 1, 3 und 4 ZGB)	1	62
9. Mitwirkungsbeistandschaften (Art. 396 ZGB)	1	1
10. Umfassende Beistandschaften (Art. 398 ZGB)	1	2
11. Ernennung, Entlassung und Entlastung der Beiständin/des Beistandes (Art. 400, 403 Abs. 1, 422, 423 und 425 Abs. 4 ZGB)	205	148

Erwachsenenschutzmassnahmen	2021	2022
12. Festlegung der Entschädigung der Beiständin/des Beistandes (Art. 404 ZGB)	473	474
13. Eingangsinventare (Art. 405 ZGB)	48	58
14. Entscheide betreffend die Verwaltung der Vermögenswerte (Art. 408 ZGB = VBVV)	0	0
15. Genehmigung der Rechnung und/oder der Berichte (Art. 415 und 425 ZGB)	583	626
16. Geschäfte, die die Zustimmung der Erwachsenenschutzbehörde erfordern (Art. 416 und 417 ZGB)	15	30
17. Gesuch betreffend die Übertragung oder die Zustimmung zur Übernahme (Art. 442 ZGB)	12	10
18. vorsorgliche und superprovisorische Massnahmen (Art. 445 ZGB)	0	5
19. Ermittlungsmassnahmen: Abklärungen/Gutachten einer sachverständigen Person und Begutachtungen in einer Einrichtung (Art. 446 Abs. 2 und 449 ZGB)	1	14
20. Zwangsmassnahmen unter Beizug der Polizei (Art. 21 Abs. 1 und Art. 18 Abs. 2 KESG, Art. 4 Abs. 2 PolG)	0	0
21. verschiedene Zeugnisse unter anderem Handlungsfähigkeitszeugnis	48	39
22. Verzicht auf Errichtung einer Schutzmassnahme (Abgeschriebenes Verfahren)	44	39

1.2.3 Nachlass

	Am 01.01. hängige Angelegenheiten	Im Verlauf des Jahres erfasste Dossiers (01.01.-31.12.)	Im Verlauf des Jahres erledigte Dossiers (01.01.-31.12.)	Am 31.12. hängige Angelegenheiten	Im Verlauf des Jahres gefällte Entscheide (01.01.-31.12.)
2020	6	379	407	27	430
2021	7	380	446	33	772
2022	8	393	459	27	889

Friedensrichter/-in	2021	2022
1. Siegelungen (Art. 24 EGZGB)	0	0
2. Entgegennahme eines mündlichen Testaments (Art. 507 ZGB, 14 Abs. 2 Bst. a EGZGB)	0	0
3. Sicherstellung bei Verschollenheit (Art. 546 ZGB, 14 Abs. 2 Bst. b EGZGB)	0	0
4. Inventare bei Abwesenheit und als Sicherungsmassregel (Art. 546 ff. ZGB, 23 EGZGB und 551 ff. ZGB, 24 EGZGB)	0	0
5. Erbschaftsverwaltung (Art. 548, 554 und 556 Abs. 3 ZGB, 14 Abs. 1 EGZGB – allgemeine Klausel)	1	1
6. Anspruchsentscheide im Verfahren der Inventaraufnahme (Art. 490, 551 ff., 568 ZGB, 25 EGZGB)	0	0
7. provisorische Besitzeinweisung (Art. 556 Abs. 3 ZGB, 14 EGZGB – allgemeine Klausel)	0	0
8. Testamentseröffnungen (Art. 557 ZGB, 18 EGZGB)	89	109
9. Genehmigung von Erbbescheinigungen (Art. 559, 14 Abs. 1 EGZGB - allgemeine Klausel)	247	273
10. Ausschlagung einer Erbschaft (Art. 566 ZGB, 14 Abs. 1 EGZGB – allgemeine Klausel)	71	97
11. Öffentliches Inventar (Art. 581 ff. ZGB)	0	2
12. Verwaltung der Erbschaftssachen (Art. 581 und 585 ZGB, 28 EGZGB)	0	0

Friedensrichter/-in	2021	2022
13. Bezeichnung eines Vertreters der Erbengemeinschaft (Art. 602 Abs. 3 ZGB, 14 Abs. 1 EGZGB – allgemeine Klausel)	0	1
14. Verschiebung der Teilung und vorsorgliche Massregeln für zahlungsunfähige Erben (Art. 604 Abs. 2 und 3 ZGB, 14 Abs. 2 Bst. c EGZGB)	0	0
15. Aufnahme eines Steuerinventars (DBG, DStG)	46	46
16. Verzicht auf die Aufnahme eines Steuerinventars (DBG, DStG)	290	323

1.2.4 Kindesschutz

	Am 01.01. hängige Angelegenheiten	Im Verlauf des Jahres erfasste Dossiers (01.01.-31.12.)	Im Verlauf des Jahres erledigte Dossiers (01.01.-31.12)	Am 31.12. hängige Angelegenheiten	Im Verlauf des Jahres gefällte Entscheide (01.01.-31.12.)
2020	159	220	237	218	265
2021	156	239	232	216	246
2022	143	281	274	221	346

Kindesschutzmassnahmen	2021	2022
1. Entscheide betreffend die gemeinsame elterliche Sorge (Art. 52bis Abs. 3 AHVV, Art. 134 Abs. 3, 296 Abs. 3, 297 Abs. 2, 298a, 298b Abs. 2, 3 und 4, 298d Abs. 1 et 2, 311 Abs. 1 lit. 1 und 2 und 312 lit. 1 und 2 ZGB)	100	104
2. Entscheide betreffend des Aufenthaltsbestimmungsrechts (Art. 134 Abs. 3, 301 a Abs. 2 und 5, 310 Abs. 1, 2 und 3 ZGB)	6	12
3. Persönlicher Verkehr (Art. 134 Abs. 4, 273 Abs. 2 und 3 und 275 Abs. 1 ZGB)	8	5
4. Festlegung des persönlichen Verkehrs mit Dritten (Art. 274a ZGB)	0	2
5. Unterhaltsverträge (Art. 287 ZGB)	7	14
6. Vormundschaft bei Kind ohne elterliche Sorge (Art. 297 Abs. 2, 298 Abs. 3, 298b Abs. 4 und 327a ZGB)	2	1
7. Vertretungsbeistandschaft (Art. 306 Abs. 2 ZGB)	10	3
8. nötige Massnahmen (Art. 307 Abs. 1 ZGB)	1	1
9. Weisung oder Ermahnung (Art. 307 Abs. 3 ZGB)	4	6
10. Erziehungsaufsicht: Person/Stelle mit Einblick und Auskunft (Art. 307 Abs. 3 ZGB)	0	2
11. Erziehungsbeistandschaft: Beratung (Art. 308 Abs. 1 ZGB)	28	47
12. Beistandschaft mit besonderen Befugnissen - Feststellung Vaterschaft (Art. 308 Abs. 2 ZGB)	5	3
13. Beistandschaft mit besonderen Befugnissen - Unterhalt (Art. 308 Abs. 2 ZGB)	1	2
14. Beistandschaft mit besonderen Befugnissen - persönlicher Verkehr (Art. 308 Abs. 2 ZGB)	10	28
15. Beistandschaft mit besonderen Befugnissen insbesondere medizinische Behandlung / Betreuung, Schule, Berufslehre, usw. (Art. 308 Abs. 2 ZGB)	18	27
16. Beschränkung der elterlichen Sorge (Art. 308 Abs. 3 ZGB)	0	1
17. Mediationsversuch (Art. 314 Abs. 2 ZGB)	0	0
18. Abänderung gerichtlicher Anordnungen über die Kindeszuteilung und den Kindesschutz (Art. 315b Abs. 2 ZGB)	0	0

Kindesschutzmassnahmen	2021	2022
19. Kindesvermögen: Inventar, periodische Rechnungsstellung und Berichterstattung, Bewilligung einer Anzehung, Weisungen für die Verwaltung, Beistandschaft Vermögensverwaltung (Art. 318 Abs. 3, 320 Abs. 2, 324, 325 und 408 ZGB)	4	6
20. Ernennung, Wechsel, Entlassung und Entlastung der Beiständin/des Beistandes (Art. 400, 422, 423 und 425 Abs. 4 ZGB)	69	92
21. Festlegung der Entschädigung der Beiständin/des Beistandes (Art. 404 ZGB)	0	1
22. Genehmigung der Rechnung und der Berichte (Art. 415 und 425 ZGB)	145	142
23. Geschäfte, die die Zustimmung der Kindesschutzbehörde erfordern (Art. 416 und 417 ZGB)	1	1
24. Entscheide betreffend die Verwaltung der Vermögenswerte (Art. 408 ZGB = VBVV)	0	0
25. Fürsorgerische Unterbringung - Unterbringung durch KESB (Art. 426 Abs. 1, 428 Abs. 1 ZGB), Fürsorgerische Unterbringung im Notfall (Arzt) (Art. 18 KESG), Fürsorgerische Unterbringung - Zurückbehaltung freiwillig Eingetretener (Art. 427 Abs. 2 ZGB), Fürsorgerische Unterbringung - Verlängerung ärztliche Unterbringung (Art. 429 Abs. 2 ZGB), Fürsorgerische Unterbringung – periodische Überprüfung (Art. 431 Abs. 1 ZGB), Nachbetreuung beim Austritt aus einer Einrichtung (Art. 437 Abs. 1 ZGB /Art. 26 KESG), ambulante Massnahmen (Art. 437 Abs. 2 ZGB /Art. 26 KESG), Anrufung des Gerichts (Art. 439 Abs. 2 ZGB), Begutachtung in einer Einrichtung (Art. 449 ZGB)	1	0
26. Zwangsmassnahmen unter Beizug der Polizei (Art. 21 Abs. 1 und Art. 18 Abs. 2 KESG, Art. 4 Abs. 2 PolG)	0	0
27. Übertragung oder die Zustimmung zur Übernahme (Art. 442 ZGB)	2	8
28. Vorsorgliche Massnahmen (Art. 445 ZGB)	5	15
29. Ermittlungsmassnahmen: Abklärungen/Gutachten einer Sachverständigen Person und Begutachtungen in einer Einrichtung (Art. 446 Abs. 2 und 449 ZGB)	0	74
30. verschiedene Zeugnisse unter anderem Zeugnis über die elterliche Sorge	0	1
31. Verzicht auf Errichtung einer Schutzmassnahme (Abgeschriebenes Verfahren)	31	40

1.2.5 Unzuständigkeit

	Am 01.01. hängige Angelegenheiten	Im Verlauf des Jahres erfasste Dossiers (01.01.-31.12.)	Im Verlauf des Jahres erledigte Dossiers (01.01.-31.12)	Am 31.12. hängige Angelegenheiten	Im Verlauf des Jahres gefällte Entscheide (01.01.-31.12.)
2020	0	9	9	0	7
2021	0	12	12	0	12
2022	0	10	10	0	10

1.2.6 Nichteintreten und Verfahrenseinstellung, mit oder ohne Entscheid

	2021	2022
Unzuständigkeit (Art. 59 ZPO)	12	13
Abgeschriebenes Verfahren, Unterbrechung des Verfahrens und Gegenstandslosigkeit	0	4

1.2.7 Fürsorgerische Unterbringung

	Am 01.01. hängige Angelegenheiten	Im Verlauf des Jahres erfasste Dossiers (01.01.-31.12.)	Im Verlauf des Jahres erledigte Dossiers (01.01.-31.12)	Am 31.12. hängige Angelegenheiten	Im Verlauf des Jahres gefällte Entscheide (01.01.-31.12.)
2020	1	78	74	4	9
2021	1	80	72	9	92
2022	2	90	92	6	30

	2021	2022
1. Fürsorgerische Unterbringung - Unterbringung durch KESB (Art. 426 Abs. 1/428 Abs. 1 ZGB)	5	6
2. Fürsorgerische Unterbringung - Entlassung durch KESB (Art. 426 Abs. 3/428 Abs. 1 ZGB)	0	1
3. Fürsorgerische Unterbringung - Verlängerung ärztliche Unterbringung (Art. 429 Abs. 2 ZGB)	10	9
4. Fürsorgerische Unterbringung - periodische Überprüfung nach 6, 12, 36 usw. Monate nach Unterbringung (Art. 431 Abs. 1 ZGB)	1	1
5. Nachbetreuung beim Austritt aus einer Einrichtung (Art. 437 Abs. 1 ZGB /Art. 26 KESG)	0	1
6. Anrufung des Gerichts (Art. 439 Abs. 2 ZGB)	0	2
7. Abklärungen/Gutachten einer sachverständigen Person (Art. 446 Abs. 2 ZGB)	1	5
8. Begutachtung in einer Einrichtung (Art. 449 ZGB)	0	0
9. Zwangsmassnahmen unter Beizug der Polizei (Art. 21 Abs. 1 und Art. 18 Abs. 2 KESG, Art. 4 Abs. 2 PolG)	0	0
10. Fürsorgerische Unterbringung im Notfall (Arzt) (Art. 18 KESG)	70	77

1.2.8 Gerichtliches Verbot

	Am 01.01. hängige Angelegenheiten	Im Verlauf des Jahres erfasste Dossiers (01.01.-31.12.)	Im Verlauf des Jahres erledigte Dossiers (01.01.-31.12)	Am 31.12. hängige Angelegenheiten	Im Verlauf des Jahres gefällte Entscheide (01.01.-31.12.)
2020	2	3	5	0	3
2021	0	12	8	2	11
2022	0	14	9	6	13

Friedensrichter/-in	2021	2022
Gerichtliches Verbot Entscheid (Art. 65 EGZGB)	7	13
Einspracheentscheid (Art 65 EGZGB)	2	7

1.2.9 Unentgeltliche Rechtspflege

	Am 01.01. hängige Angelegenheiten	Im Verlauf des Jahres erfasste Dossiers (01.01.-31.12.)	Im Verlauf des Jahres erledigte Dossiers (01.01.-31.12)	Am 31.12. hängige Angelegenheiten	Im Verlauf des Jahres gefällte Entscheide (01.01.-31.12.)
2020	4	18	20	8	23
2021	4	20	15	14	32
2022	12	29	15	23	35

	2021	2022
Gewährung der unentgeltlichen Rechtspflege (Art. 117 ZPO und 123 JG)	13	17
Verweigerung der unentgeltlichen Rechtspflege (Art. 117 ZPO und 123 JG)	2	4
Festlegung der Kostenliste (Art. 57 JR)	13	8